

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 88 (1994)
Heft: 7-8

Artikel: NW-Gespräch mit Don Samuel Ruiz : die Vorherrschaft des Kapitalismus wird aus den Tiefen von Chiapas herausgefordert
Autor: Ruiz, Samuel
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-143842>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Vorherrschaft des Kapitalismus wird aus den Tiefen von Chiapas herausgefordert

Samuel Ruiz, Bischof von San Cristóbal de las Casas, ist nicht erst seit der Revolte der Zapatisten von Chiapas eine der herausragendsten Gestalten der lateinamerikanischen Kirche. Dass 1974 zum erstenmal in der Geschichte Mexikos ein indianischer Kongress zustande kam, war das Verdienst Don Samuels. 20 000 Menschen gingen für Bischof Ruiz auf die Strasse, als der Apostolische Nuntius ihn im Vorjahr aufforderte, seine befreiungstheologische Praxis zu überdenken. Inzwischen hat Bischof Ruiz eine bedeutende Vermittlerrolle bei den Verhandlungen zwischen den Aufständischen und der mexikanischen Regierung übernommen. Aus unserem Gespräch mit Don Samuel geht hervor, dass die Revolte der Zapatisten nicht unerwartet kam, sondern als Ergebnis ökonomischer Verelendung und politischer Korruption zu sehen ist. Langjährige Pastoral- und Entwicklungsarbeit trägt ihre Früchte: Die Ausgebeuteten werden sich ihrer Situation bewusst und kämpfen für ihr Menschenrecht. Ohne grundlegende Veränderungen der Weltwirtschaft kann es allerdings keine dauerhafte Gerechtigkeit für die Völker der Dritten Welt geben. Insofern weist auch der NAFTA-Vertrag zwischen Mexiko und den USA in die falsche Richtung. Viktor Hofstetter hat das Gespräch mit Don Samuel am 15. Mai in Rom geführt und die Übersetzung aus dem Spanischen besorgt. Red.

Der Aufstand der Zapatisten kam nicht überraschend

NW: Don Samuel, über den Aufstand der Zapatisten in Chiapas haben unsere Medien nur oberflächlich berichtet. Erklären Sie uns doch bitte, wie es zu diesen Ereignissen im Süden Mexikos um die Jahreswende 1993/94 gekommen ist?

Don Samuel: Der Aufstand der Zapatistas in Chiapas kam nicht überraschend. Es gab in letzter Zeit viele Protestäusserungen auch in andern Teilstaaten Mexikos. Alle diese Manifestationen hatten einen gemeinsamen Nenner: Die Akzeptanz einer *aufgezwungenen Regierung* war an eine Grenze gestossen. Die Leute reagierten jedesmal mit noch mehr Entschiedenheit und Selbstbewusstsein.

Die Machtpolitik des Systems hat zwei Komponenten: Die eine besteht in der Identifikation der mexikanischen Regie-

rung mit einer «*offiziellen*» Partei, die sich Institutionelle Revolutionäre Partei nennt. Die andere Komponente ist der *systematische Wahlbetrug*, der von dieser Partei seit längerer Zeit als Machtmittel eingesetzt wird.

Die *Verweigerung* gegenüber diesem System ist in der ganzen mexikanischen Republik verbreitet. Es wäre nichts Aussergewöhnliches gewesen, wenn sich eine solche Bewegung irgendwo sonst in der Republik bemerkbar gemacht hätte. Tatsache ist, dass es eine Guerrilla bereits vor einiger Zeit im Staate Guerrero gab, die einfach ausgelöscht wurde. Auch an verschiedenen anderen Orten gewinnen die Protestbewegungen an Kraft.

In Chiapas haben die Zapatisten selber die Antwort auf Ihre Frage gegeben. Sie waren nicht mehr länger bereit und in der Lage, auf die Lösung ihrer grundsätzlichen Probleme zu warten, allen voran das Landproblem, das Ausgrenzungsproblem,

das Fehlen von Schulen. Sie wollten Lösungen und sich nicht mehr länger als betrogen vorkommen. In der Masse, wie sich die indigene Bevölkerung in Gruppen zu organisieren begann, um ihre Rechte einzufordern, reagierte das Regime mit immer mehr *Repression*, weil die Angst umging, diese Organisationen könnten sich in politische Widerstandsbewegungen verwandeln.

Die mexikanische Presse der letzten drei Jahre berichtete fast täglich von irgendeinem negativen Ereignis in Chiapas, von willkürlichen Ermordungen, ungerechtfertigten Verhaftungen und von Folterungen. Schliesslich wurde eine *Grenze überschritten*, wo die Zapatisten sagten: «Es genügt! Wir kommen mit den üblichen, friedlichen Mitteln nicht mehr weiter. Also wollen wir mit Waffen unser unerträgliches Leiden und unseren Wunsch nach einer Veränderung hinausschreien.» Die Art und Weise, wie sie gehandelt haben, sollte die Zivilgesellschaft herausfordern, damit diese ihre historische Verantwortung wahrnehme.

Der Zusammenhang mit dem NAFTA-Vertrag

NW: Der Aufstand zu Jahresbeginn fiel mit dem Inkrafttreten des Freihandelsvertrags NAFTA zusammen. Besteht hier nicht nur ein zeitlicher, sondern auch ein ursächlicher Zusammenhang?

Don Samuel: Sicher war NAFTA einer der Faktoren, die den Aufstand auslösten. Obwohl NAFTA als ein unwiderrufliches geschichtliches Ereignis dargestellt wurde, haben fast alle Mexikanerinnen und Mexikaner diesen Vertrag in Frage gestellt, von der Mittelklasse bis zu den Ärmsten. Niemand im Land wusste, wie NAFTA umgesetzt würde. Da die mexikanische Regierung nicht mit der Unterstützung der Volksbewegungen rechnen durfte, gab es auch *keine Information* wie in den USA, wo das Volk seine Opposition oder seine Unterstützung zum Ausdruck bringen konnte. Als daher bekannt wurde, dass

Mexiko dem Abkommen beitreten werde, gingen viele auf die Strasse, um gegen NAFTA zu protestieren.

Fast überall im Land gab es Versammlungen von Indigenas und Bauern, die sich mit den für sie negativen Konsequenzen des Abkommens auseinandersetzten. Vor allem ging es um den Artikel 27 der mexikanischen Verfassung über das Gemeingut, eine Errungenschaft der Revolution. *Gemeingut* wird das Land genannt, das die Bauern zugeschlagen bekamen, sei es aus der Expropriation von Grossgrundbesitz oder sei es aus der Aufteilung von Boden, der als «nationales Land» bezeichnet wurde. Die Bauern konnten dieses Gemeingut bebauen und über seine Nutzung bestimmen, es ihren Nachkommen vererben, aber sie durften es nicht veräussern, damit nicht wieder Grossgrundbesitz geschaffen würde.

Das hat NAFTA verändert. Jetzt können die Bauern das *Land verkaufen*. Man hat ihnen gesagt: «Jetzt seid ihr Landeigentümer, jetzt könnt ihr es verkaufen.» Aber ein Bauer, der Land bebaut und Bauer bleiben will, der möchte sein Land nicht verkaufen, sondern Sicherheit für sein Land haben. Bereits wurden Bauern gewalttätig vertrieben, die nach einem langen Kampf Garantien für ihr Land vom Staatspräsidenten erhalten hatten. So in der Gegend von Palenque, die ein Zentrum für den Tourismus werden soll. Aber auch die *Steuern* für die Bauern steigen. Diese verfügten von einem Tag auf den andern nicht mehr über genug Jahreseinkommen, um die Steuern bezahlen zu können. Nun kommen kapitalkräftige Leute und sagen ihnen: «Möchtest du nicht dein Land verkaufen?» Das eine führt zum anderen, und die Bauern sind in noch grösseren Schwierigkeiten.

Gewalt als letzter Ausweg?

NW: Ist die Lage demnach so verzweifelt, dass es zur Verteidigung der legitimen Interessen der indianischen Bevölkerung nur noch den Weg der Gewalt gab?

Don Samuel: Psychologisch betrachtet, hat diese Gruppe der Zapatisten – sie um-

fasst drei Prozent der Indigena-Bevölkerung der Diözese – keinen anderen Ausweg gesehen. Das Land, das sie bewohnen, ist sehr steinig, sehr bergig und wenig fruchtbar. Auch der Regen fällt selten. Schon früher wanderten viele während der Dürre zur Küste, zu den Kaffeeplantagen, die von den Engländern in die Hände von Deutschen übergingen, die bis heute die Kaffeeproduktion und auch den Export kontrollieren. So gibt es unter den Indigenas die Redeweise, wenn einer Schulden macht: «Ich werde es dir zurückbezahlen, denn ich gehe zur Plantage.» Was soviel bedeutet wie: Da werde ich eine mehr oder weniger sichere Arbeit haben, zwar schlecht bezahlt, aber immer noch besser als die Unsicherheit, wenn der Regen ausbleibt.

Nebst diesen Forderungen nach *bebaubarem Land*, das gerechter verteilt werden soll, gab es Forderungen nach *demokratischen Wahlen*. Viele Gemeindevorsteher hatten widerrechtlich die Macht an sich gerissen. Einer von ihnen galt sogar als Mörder. Aber er hatte genügend Geld, um die nötigen Wahlstimmen zu kaufen oder Leute aus anderen Gegenden zu holen, damit sie ihn wählten. Er drohte, all jene zu bestrafen, die seine Wahl ablehnten. Am Wahltag drang die Polizei in Privathäuser ein, um jene aufzugreifen, die sich seiner Kandidatur widersetzt hatten. Sie wurden mitsamt ihren Kindern ins Gefängnis gesperrt, und das während Monaten. Die einzige Missetat dieser Gefangenen bestand darin, dass sie einer anderen Partei als der des Gemeindevorstehers angehörten. Am Tag der Amtseinssetzung hielten sich an diesem Ort mehr Polizisten auf, die den Gemeindepräsidenten beschützten, als Wähler, die für ihn gestimmt hatten.

Weil die Menschen diese Missbräuche und Zwangsmassnahmen nicht mehr akzeptieren wollten, wurden in Chiapas während den letzten Jahren mehr als 75 Gemeindepräsidentenschaften besetzt. Wir reden darum nicht von einem isolierten Ereignis, sondern von einer Kette *systematischer Repressionsmassnahmen*. Schliesslich waren einige an dem Punkt angelangt, wo sie sagten: «Wir können

so nicht mehr weitermachen, es gibt keinen friedlichen Weg mehr.» Für sie stimmt das, auch wenn es theoretisch möglich ist, zu sagen: «Aber es gibt doch die Gesetze, die Instanzen, wo Einspruch erhoben werden kann. Es könnten andere Kandidaten als Gemeindepräsidenten gewählt werden.» Aber dieser Weg hat sich in unserem Land in jüngster Zeit nie als gangbar erwiesen.

NW: Wer von der Gewalt der Zapatisten spricht, dürfte von der Gewalt der mexikanischen Armee zur Bekämpfung des Aufstands und überhaupt von der institutionellen Gewalt des Systems nicht schweigen.

Don Samuel: Das ist es genau. Die *institutionelle Gewalt* existiert sozusagen als ein soziales System, in dem die wirtschaftliche und die politische Macht eng miteinander verknüpft sind. Und diese Macht konzentriert sich in immer weniger Händen. Die systemgewordene Gewalt schafft soziale Gegensätze, die so extrem sind, dass sie zu tragischen Konsequenzen für die Indigenas und die Bauern führen. Man spricht davon, dass in Chiapas letztes Jahr 15 000 Menschen an Hunger gestorben sind. Das ist sicher nicht übertrieben, da auch wir in unserer Pastoralarbeit sehen, unter welchen Bedingungen die Leute leben müssen.

Man könnte eine sehr eindrückliche Landkarte von Chiapas erstellen, in der nur die *Krankheiten* der Bevölkerung eingezeichnet würden. In einem Departement leiden zum Beispiel 99,9 Prozent am grünen Star, in anderen Gegenden bis 70 Prozent an Tuberkulose. Es gibt keinen einzigen Indigena oder Bauern, der ganz frei ist von Krankheit. Wenigstens Würmer im Bauch haben alle. Hunger gibt es in Überfülle. Überall haben die Kinder riesige Hungerbäuche, voller Bandwürmer und anderer Parasiten. Die *Kindersterblichkeit* hat schreckliche Ausmasse angenommen. Es gibt unter den Indigenas kein einziges Paar, dem nicht in den ersten drei Jahren der Ehe ein oder mehrere Kinder weggestorben sind.

Mobilisierung der Gesellschaft für die Sache der Zapatisten

NW: Was hat die Regierung bewogen, den Konflikt auf dem Verhandlungsweg zu lösen? War es der Druck der Öffentlichkeit?

Don Samuel: Bevor ich diese Frage beantworte, möchte ich etwas festhalten, was damit zusammenhängt. Seit Jahren ist es schon normal, dass die Sicherheitskräfte unter irgendeinem Vorwand gewaltsam in Dörfer eindringen, Frauen vergewaltigen, Sachen aus den Häusern der Leute stehlen, ohne dass je etwas von dem Geraubtem zurückerstattet würde. Seit es unser Zentrum für Menschenrechte Fray Bartolomé de Las Casas gibt, wurden unglaublich viele derartige Fälle von *Menschenrechtsverletzungen* registriert.

Als es zum Aufstand kam, haben die Zapatisten erstaunlicherweise nicht den Grossgrundbesitzern den Krieg erklärt, die ihre direktesten Ausbeuter sind, sondern dem System, das bis in die Amtsstellen und bis in die Justiz korrupt ist. Es war vor allem eine *Kriegserklärung an die mexikanische Armee*, und zwar nicht nur an die Soldaten in Chiapas, sondern an die ganze mexikanische Armee. Diese hat am Anfang kaum reagiert, denn sie war überrascht von der Grösse des Konflikts. Es wurden keine Truppen aus anderen Teilen des Landes hierher verlegt, weil die Armeeführung befürchtete, dass es an anderen Orten genauso brodeln und dieser Krieg sich auf das ganze Land ausdehnen könnte.

Nachdem die Zapatisten bis Neujahr vier Städte besetzt hatten, verlasen sie ihre programmatische Erklärung, die auch eine Kriegserklärung war. Danach griffen sie vier Armee-Einrichtungen in der Nähe von San Cristóbal an und erklärten, sie wollten später auch die Provinzhauptstadt Tutzla Gutierrez erobern. Die Armee reagierte erst, als sich zeigte, dass der Konflikt mehr oder weniger auf die Region von Chiapas begrenzt war. Aber es gab so etwas wie eine *allgemeine Sympathiewelle* anderer Gruppierungen von Indigenas und Nicht-Indigenas, die von den gleichen offiziellen Stellen

und durch die gleichen Betrügereien und Gewalttaten unterdrückt wurden.

Wie bei einem *Dambruch*, wenn alles Wasser durchfließt, kam alles zusammen: soziale Forderungen, Landbesetzungen, Besetzungen von Gemeindehäusern, und das nicht nur in Chiapas, sondern im ganzen Land. Es folgte eine Mobilisierung der ganzen Gesellschaft mit Erklärungen von allen sozialen Gruppierungen des Landes für die Sache der Zapatisten. Als auf der anderen Seite grosse Teile der Armee mit Gewalt gegen die Aufständischen vorgingen, Raketen auf Ziele in unmittelbarer Nähe von Wohngebieten abschossen, und als weitere Menschenrechtsverletzungen bekannt wurden, die in der Logik des Krieges lagen, hat die Zivilgesellschaft und hat auch die diplomatische Welt reagiert und einen Waffenstillstand verlangt.

Dazu kam noch die Mobilisierung der Bevölkerung in den USA, die von der Regierung Rechenschaft verlangte über das, was in Mexiko vorging, nachdem man bei den NAFTA-Verhandlungen von Ruhe im Land und vom Ausbleiben grösserer sozialer Konflikte geredet hatte. All das und die internationale Presse genügten, um die Regierung zu *Verhandlungen* und zuerst noch zu einem *Waffenstillstand* zu bewegen.

Das Vertrauen der Indigenas in den Bischof als Bürger

NW: Sie werden von den Zapatisten und von der mexikanischen Regierung als Vermittler anerkannt und in dieser Eigenschaft auch von der mexikanischen Bischofskonferenz unterstützt. Wie sind Sie zu dieser Anerkennung und Unterstützung gekommen? Ursprünglich hiess es ja von seiten der Regierung, der Aufstand sei das Werk der Aufwieglung durch Kreise des Auslandes, aber auch der katholischen Kirche. Sie persönlich wurden als einer dieser «Aufwiegler» angegriffen.

Don Samuel: Als es zu diesem Gewaltausbruch einer Gruppe von Indigenas kam, haben wir, die drei Bischöfe von Chiapas,

uns noch am Neujahrstag getroffen und gemeinsam beschlossen, die anderen Bischöfe und die Bevölkerung über die Ereignisse zu informieren, weil wir wussten, dass es sofort Falschmeldungen und Manipulationen geben würde. Wir wollten eine Lagebeurteilung vornehmen und nach den Gründen fragen, warum es zu diesen Gewalttätigkeiten gekommen war, ohne sie objektiv zu rechtfertigen. Aber wir suchten auch die *subjektiven Gründe* für dieses Verhalten zu *verstehen* und uns dafür einzusetzen, dass niemand von den Aufständischen verurteilt und bestraft werden sollte, auch wenn es noch ganz geringe Möglichkeiten einer friedlichen Aktion gegeben hätte. So waren wir, die drei Bischöfe von Chiapas, unmittelbar präsent und sandten unsere Informationen an die andern Bischöfe der mexikanischen Republik.

Und warum wurde gerade ich als *Vermittler* bestimmt? Weil es logisch war. Denn die Bewegung konzentriert sich geographisch auf meine Diözese, und hier befindet sich zum grössten Teil auch der Regenwald, der Hauptort der Ereignisse. So war es evident, dass mir diese Rolle zufallen musste und dass die beiden andern Bischöfe dadurch nicht etwa ausgeschlossen wurden. Aus diesem Grund haben auch der Delegierte der mexikanischen Regierung für die Friedensverhandlungen und die Bischofskonferenz mich als *Vermittler* vorgeschlagen.

34 Jahre Pastoralarbeit in der Region erlauben uns eine genaue Kenntnis der Lage. Gleichzeitig geniessen wir das Vertrauen der Indigenas, und zwar nicht nur der katholischen, sondern auch der *evangelischen*. Als ein katholischer Priester ins Gefängnis gesperrt wurde, schlossen sich viele Evangelische der Protestbewegung an und unternahmen Aktionen zur Befreiung des Priesters, die sehr beeindruckten. «Denn unser Bischof hat Probleme», sagten die Evangelischen.

Unsere *Pastoralarbeit* und das *Zentrum für die Menschenrechte* hatten sich schon immer gegen Menschenrechtsverletzungen gewehrt, ohne nach der Konfession der

Betroffenen zu fragen. Denn die Menschenrechte sind nicht katholisch oder evangelisch, sondern einfach menschlich. All das schuf Vertrauen. Auch von der offiziellen Seite her wurde mir Vertrauen signalisiert. So kam es zu diesem Glückfall, dass ich als Vertreter der Hierarchie und als Vertrauensperson der Indigenas vermitteln konnte, obwohl in der Petition der Zapatistas nicht meine Rolle als Bischof von San Cristóbal de las Casas entscheidend war, sondern ich als Bürger darum gebeten wurde.

Die totale Vorherrschaft des Kapitalismus wird immer brutaler

NW: Die Zapatisten fordern einen nationalen Dialog, der zu einer grundlegenden Erneuerung der mexikanischen Gesellschaft führen sollte. Wie stehen die Chancen für diesen Neuanfang? Präsident Salinas wird wohl kaum von seinem neoliberalen Sanierungsprojekt abweichen. Sind diese beiden Ziele miteinander vereinbar?

Don Samuel: Die Zapatisten haben die Zivilgesellschaft herausgefordert, und diese hat sich landesweit mit der Sache der Indigenas solidarisiert. Die *Erhebung der Zivilgesellschaft* ist Ursache einer spürbaren Veränderung gegenüber der Politik der Repression und der Unterdrückung, wie wir sie seit Jahren kannten, und das im Blick auf die Wahlen vom August 1994.

In diesem Sinn hat der Delegierte der Regierung für die *Friedensverhandlungen* konkrete Vorschläge eingebracht und damit Forderungen entsprochen, die von den Indigena-Gemeinden schon seit einiger Zeit erhoben wurden. Diese wollten das Fehlen von öffentlichen Diensten als eine Situation der Ungerechtigkeit anerkannt wissen. Es kann in keiner Weise gerechtfertigt werden, dass es bei ihnen weniger Schulen, weniger Gesundheitsdienste gibt, nur weil sie Indigenas sind. Auch die Handelsbeziehungen der Indigenas sollten respektiert werden, da sie der Würde dieser Menschen in ihrem gesellschaftlichen Um-

feld besser entsprechen als die westlichen Standards der mexikanischen Rechtsordnung. All diese Forderungen werden nun auch von oberster Stelle unterstützt.

Ob das zu einer globalen Veränderung der Wirtschaftspolitik führen wird, ist noch eine viel komplexere Frage. Denn die gegenwärtige Wirtschaftspolitik spielt sich in einem globalen Rahmen ab, wo – jedenfalls offiziell – die sozialistische Gegenposition verschwunden ist, die ein Gegengewicht zur kapitalistischen Gesellschaft bildete. Das hat zu einer totalen Vorherrschaft des Kapitalismus geführt, die immer brutaler wird. Eine *fundamentale Veränderung* dieser Situation ist notwendig, eine Herausforderung dieses Systems aus den Tiefen von Chiapas ganz klar zu erkennen.

Die vier Gemeinden, die sich am Anfang erhoben, sind alle Kaffeeproduzentinnen. Da nun der Kaffeepreis in den letzten zwei, drei Jahren katastrophal in sich zusammenfiel, sind diese Gemeinden sehr stark betroffen. Aber es ist weder in Chiapas noch in Mexiko, wo über den internationalen Preis des Kaffees entschieden wird. Die *Infragestellung des Systems* ist also ganz eindeutig.

In unseren Erklärungen als Bischöfe haben wir klar darauf hingewiesen, dass hier das ganze System angeklagt wird. Deshalb ist auch eine umfassende Interpretation vonnöten, wengleich die Möglichkeit einer radikalen Veränderung des Systems mit vielen komplexen Faktoren verbunden ist. Immerhin hat die Regierung in den Verhandlungen von Chiapas versprochen, dass die negativen Auswirkungen des *Freihandelsabkommens* auf die Bauern- und Indigena-Gemeinden einer besonders eingehenden Prüfung bedürften, um die sozialen Gegensätze durch die negativen Auswirkungen des Abkommens nicht noch mehr zu vertiefen.

Das Bewusstwerden der Indigena-Frauen

NW: Es ist nicht korrekt, nur von «Zapatisten» zu sprechen. Ein Drittel der zapatistischen Soldaten sind weiblich. Was hat sich

durch den Aufstand für die Frauen von Chiapas verändert?

Don Samuel: Sicher sind die Frauen auch am Kampf beteiligt. In Chiapas hat sich in den letzten Jahren eine *Frauenbewegung* organisiert, die vor allem die Anerkennung der Würde der Frau und die ihr entsprechende Bewusstseinsbildung zum Ziel hat. Ausgangspunkt war ein Ereignis vor fünf, sechs Jahren: Ein Indigena kam zu später Stunde betrunken nach Hause und schlug seine Frau, weil sie für ihn keinen Kaffee zubereitet hatte. Als am nächsten Tag die Frau mit zerschundenem Gesicht im Dorf erschien, wollten ihre Freundinnen wissen, was geschehen war. Als sie es erzählte, organisierten sich die Frauen. Mehr als dreissig gingen mit ihr nach Hause, um ihren Mann zu warnen: «Bruder, wir haben gehört, was gestern abend passiert ist; das ist ungerecht. Wenn du deine Frau wieder schlägst, werden wir kommen und mit dir abrechnen.» Die Folge war, dass er zu trinken aufhörte und sein Leben veränderte.

Dieses Bewusstwerden der Indigena-Frauen hat sich in verschiedener Hinsicht ausgewirkt. *Kooperativen* werden gegründet, wo die Frauen Hühner kaufen, Brot backen oder Schweine mästen, um so ihre wirtschaftliche Situation zu verbessern. Sie haben auch einen Fonds geüfnet, um die Reisen zu ihren Versammlungen zu finanzieren. In dieser Weise vollzieht sich in Chiapas eine eigentliche Bewusstseinsbildung, die mit einer immer klareren Ablehnung der Repression einhergeht. Darum haben sie auch am bewaffneten Aufstand teilgenommen.

«Chiapas» als kritische Anfrage, wie die Ungerechtigkeit des Weltmarktes beseitigt werden könnte

NW: In welchem Ausmass ist die internationale Gemeinschaft herausgefordert? Welchen Beitrag müsste sie, müssten wir in den kapitalistischen Industrieländern leisten, um den Indigenas, dem mexikanischen Volk überhaupt, ein Leben in Würde zu ermöglichen?

Don Samuel: Niemand soll den andern sagen, was ihre Pflicht ist. Die Pflicht muss aus der Erkenntnis des Notwendigen in einer konkreten Situation kommen. So müssen all jene, die mit den *Mechanismen des Weltmarktes* befasst sind, in der Situation von Chiapas eine Interpellation, eine kritische Anfrage sehen, um sich der Auswirkungen dieses Weltmarktes bewusst zu werden. Es sollte ein Bewusstsein entstehen, wie die Beziehungen zwischen Erster und Dritter Welt zu verändern wären. Es ginge um ein Nachdenken darüber, wie die Ungerechtigkeit, die strukturell bedingt ist, beseitigt werden könnte.

Ich glaube, dass in den wirtschaftlichen Unternehmen selbst neue Beziehungen geschaffen werden müssten, damit auch da keine Ausbeutung geschieht und ungerechte Gewinne mit billigen Löhnen gemacht werden. Es müssten *neue Handels- und Lebensformen* gesucht werden. Ein weites

Feld, um über Alternativen nachzudenken, öffnet sich im Bereich von Entwicklungsprojekten, im Landwirtschafts-, Gesundheits- und Erziehungsbereich. Es gibt Erfahrungen, wie in anderen Gegenden Asiens oder Europas soziale Verelendungserscheinungen wie die Unterernährung bekämpft wurden. Auch Erkenntnisse der kulturellen, historischen und linguistischen Forschung könnten dazu dienen, gute Grammatiken und andere Instrumente für die Sprachen der Indigenas zu entwickeln. Diese Hilfe würde einiges zur *Förderung der eigenen Kultur* beitragen. So könnten endlich die Beziehungen zwischen Erster und Dritter Welt verändert werden. Auszugehen wäre von der Erkenntnis, dass der heutige Zustand des Weltmarktes zu unglaublich ungerechten Folgen führen kann.

NW: Don Samuel, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Das Dokument

Generalkommando der Zapatistischen Armee für die Nationale Befreiung: Communiqué des Geheimen Revolutionären Komitees der Indigenas

In der Wahrheit ist alles möglich

Der Aufstand der Indios in Chiapas zu Beginn dieses Jahres hat die politische Klasse Mexikos nachhaltig erschüttert. Der Schock war notwendig und heilsam. Er bietet die Chance eines friedlichen Bruchs mit dem Machtmonopol des Partido Institucional Revolucionario. Die Öffentlichkeit erkennt in den Forderungen der Aufständischen die noch immer unabgegoltene Idee der Demokratie. Warum das so ist, zeigt das nachstehende Dokument, ein Communiqué der Zapatistischen Armee für die Nationale Befreiung, das in ebenso einfachen wie eindrucklichen Worten dartut, dass nur Demokratie das Land retten, ihm zu Wahrheit und Wahrhaftigkeit verhelfen kann. Die Übersetzung aus dem Spanischen besorgte Toni Steiner.

Red.